

Der Mann, auf dem die Hoffnungen der Benpac-Gläubiger ruhen

Der Walliser Konkursprofi Philipp Possa hat schon manchen schwierigen Fall bearbeitet. Nun versucht der Anwalt mit seinem Team herauszufinden, ob bei Marco Corvis konkursiten Benpac-Firmen etwas zu holen ist.

Interview: Christopher Gilb

Erst St. Gallen, dann Stans, dann Altdorf. Allorts gingen in den letzten Monaten Firmen von Marco Corvis Benpac-Gruppe Konkurs. Bis zuletzt hatte der einstige «Firmenretter» die Schuld bei anderen gesucht, doch Recherchen zeigten: Angestellte blieben auf unbezahlten Löhnen sitzen, Sozialversicherungen auf unbezahlten Beiträgen, Geschäftspartner auf unbezahlten Rechnungen. Alleine im Betreibungsregisterauszug seiner Benpac Produktions AG in Stans, wo die Gruppe auch ihren Hauptsitz hatte, waren kurz vor dem Konkurs Forderungen von rund 1,5 Millionen Franken verzeichnet.

Dieser Zeitung gegenüber hatte Marco Corvi vollmundig angekündigt, dass alle «gerechtfertigten» Forderungen im Rahmen der – wie er es nannte: Liquidation – beglichen würden. Doch in der Vergangenheit war die Realität meist eine andere. Konkurse von Corvis Firmen wurden mangels Aktiven eingestellt. Das Konkursamt erwartete also nicht einmal, genügend Firmenvermögen vorzufinden, um das Verfahren an sich bezahlen zu können. Kurz darauf, wie uns mehrere Quellen bestätigen, gründete Corvi jeweils eine neue Firma – am gleichen Ort, mit den gleichen Maschinen. Als Glücksfall könnte sich nun aber herausstellen, dass das Konkursamt Nidwalden entschieden hat, das Verfahren von Beginn an an externe Profis zu übergeben.

Philipp Possa sitzt in seinem Büro in Bern. Seit 24 Jahren bearbeitet der 56-jährige Anwalt unter der Woche hier Konkurs- und Nachlassverfahren aus der ganzen Schweiz, am Wochenende fährt er jeweils nach Hause ins Wallis. Die Transliq AG, wo Possa Partner ist, ist eine der wenigen Firmen in der Schweiz, die nur auf Konkurs- und Nachlassverfahren spezialisiert sind. Possa und sein Team haben an bekannten Fällen wie dem Nachlassverfahren von Swisscargo aus dem Swissair-Komplex mitgearbeitet. Dieses sollte, erzählt er, demnächst zum Abschluss gebracht werden können – nach über 20 Jahren. Derzeit beschäftigt sich Possa unter anderem mit dem Nachlass des verstorbenen Finanzjongleurs Dieter Behring und seit Dezember letzten Jahres mit Marco Corvis Nidwaldner Benpac-Firmen.

Was ist Ihr wichtigstes Ziel bei einem Konkursverfahren?
 Philipp Possa: Ein bestmögliches Verwertungsergebnis für die Gläubiger herauszuholen, ist unsere oberste Prämisse.

Wie stellt sich die Situation bei Benpac dar?

Wir sind auf Vermögenswerte gestossen, sind aber praktisch blockiert, weil Dritte Ansprüche auf sämtliches Inventar geltend machen.



Benpac-Konkursverwalter Philipp Possa in seinem Büro in Bern.

Bild: Dominik Wunderli (23. März 2022)

Was heisst das?

So etwas kann passieren. Dritte, die sagen, die Vermögenswerte gehören nicht der konkursiten Firma, sondern der Firma XY, an die sie beispielsweise zuvor veräussert wurden.

Kommt so etwas häufig vor?

Dass wir hinkommen und nichts gehört der Firma selbst, nein, das ist nicht die Regel.

Rund 60 Prozent der Verfahren in der Schweiz werden mangels Aktiven eingestellt. Dann könnte dies in diesem Fall auch noch drohen?

Das ist immer noch möglich, ja. Die besagten Vermögenswerte sind aber physisch gebunden, also gewissermassen in unserem Gewahrsam, das ist ein Vorteil. Wir haben verschiedene Möglichkeiten und können beispielsweise eine sogenannte Aussonderungsverfügung erlassen und sagen, unserer Ansicht nach sind diese in Wahrheit Eigentum der Konkursmasse. Wenn der Dritteigentumsansprecher das nicht akzeptiert, müsste er dann dagegen klagen. Im Rahmen des Schuldenrufs

wird sich zudem ergeben, ob noch weitere Gläubiger Eigentumsansprüche anmelden. Derzeit machen wir uns also durchaus Hoffnungen, dass wir das Verfahren mindestens für einige der vier Gesellschaften in Stans weiterführen können.

Fragt man bei den Konkursämtern in Uri und St. Gallen nach dem aktuellen Stand der Konkursverfahren

«Wir sind auf Vermögenswerte gestossen, sind aber praktisch blockiert, weil Dritte Ansprüche auf sämtliches Inventar geltend machen.»

Philipp Possa
 Benpac-Konkursverwalter

schweizweit ändern. Dann sollen auch staatliche Stellen auf Konkurs betreiben dürfen, wie kürzlich vom Parlament beschlossen wurde.

Aus Ihrer Sicht der richtige Entscheid?

Philipp Possa: Ja, denn es gibt Schuldner, die wissen, sie zahlen beispielsweise die Mehrwertsteuer oder Sozialversicherungsbeiträge nicht und unmittelbar hat dies für ihr Unternehmen keine Konsequenzen. Wenn dies aber auch zum Konkurs führen kann, führt dies vielleicht zu einem Umdenken bei solchen Leuten.

Wäre es eigentlich nicht sinnvoller gewesen, für die Verfahren gegen alle Benpac-Firmen ein und denselben Konkursverwalter einzusetzen?

In der Schweiz gibt es kein konsolidiertes Konkursrecht, das hat man beim Swissair-Grounding gesehen. Man steht aber bei solchen Verfahren durchaus in Kontakt mit den anderen Konkursämtern, auch um nachvollziehen zu können, welche Transaktionen wie beispielsweise der Transfer von Aktiven zwischen den Gesellschaften stattgefunden hat.

Wie lange glauben Sie, wird das Verfahren in Stans gesamthaft dauern, 20 Jahre wie bei Swisscargo?

Nein, vielleicht zwei bis drei Jahre. Grundsätzlich hängt vieles davon ab, ob es zu Gerichtsverfahren kommt und über wie viel Instanzen diese gehen.

Mit wie viel von ihrem geforderten Geld können Gläubiger in der Regel rechnen?

Das kommt eben darauf an, was wir finden. Manchmal die Hälfte, im Durchschnitt aber wohl zwischen null und 20 Prozent. Häufig reicht es für die privilegierten Forderungen, also jene von Arbeitnehmenden und Sozialversicherungen etwa, für mehr nicht.

Welche Rolle spielt dabei das Privatvermögen der Schuldner beziehungsweise Firmeninhaber? Kann es sein, dass die Gläubiger keinen Rappen sehen, die Schuldner aber trotzdem im Wohlstand weiterleben können?

Ein Konkurs heisst ja nicht, dass die Person per se etwas Schlechtes gemacht hat. Es könnte auch sein, dass sie 20 Jahre erfolgreich ein Unternehmen geführt und sich dabei auch ein kleines Vermögen aufgebaut hat und dann kommt unerwartet eine Wirtschaftskrise und alles ist aus. Etwas anderes ist, wenn jemand sich sein Vermögen aufgebaut hat, indem er sich unrechtmässig an der Firmenkasse bedient. Da gibt es Zugriffsmöglichkeiten, um das Geld in die Konkursmasse zu holen.

Der Gelbe Riese will bunter werden

Post «Diversität ist wichtig für die Post und wir haben uns viel vorgenommen», sagte Post-Personalchefin Valérie Schelker gestern vor den Medien. «Wir wollen die Vielfalt der Schweiz künftig noch besser abbilden.» Das sei keine Modewelle, «vielmehr ist Vielfalt entscheidend für den unternehmerischen Erfolg». Deshalb treibt eine interne Arbeitsgruppe die Diversität innerhalb der Post voran. Der Konzern folgt damit auch den Vorgaben des Bundesrats.

Dieser hatte im November 2020 entschieden, dass mehr Frauen in die obersten Leitungsorgane von bundesnahen Betrieben wie SBB, SRG oder Post einziehen sollen. Bis Ende 2023 müssen neu 40 Prozent der obersten Kaderpositionen – also Geschäftsleitung und Verwaltungsrat – von Frauen besetzt sein. Bislang sind es 30 Prozent.

Im Verwaltungsrat ist die Post auf Kurs

Damit gelten für bundesnahe Unternehmen und Anstalten höhere Vorgaben als für börsennotierte Unternehmen, die eine Zielvorgabe von 30 Prozent haben. Gleichzeitig passte der Bundesrat die Richtwerte für die Vertretung der Sprachgemeinschaften hierzulande an. Neu liegen die Richtwerte für Deutsch bei 62,2 Prozent, für Französisch bei 22,9, für Italienisch bei 8,4 und für Rätoromanisch bei 0,6.

Im Verwaltungsrat wird die Post die Frauenquote bis 2023 erreichen – wenn die Tessinerin Mariateresa Vacalli im Mai an der Generalversammlung gewählt wird. Auch sonst ist Valérie Schelker zuversichtlich, dass die Ziele erreicht werden. «Wir wollen uns aber nicht auf Stufe Verwaltungsrat begnügen, sondern einen weiteren Schritt machen.» Dabei gehe es nicht nur um das Geschlecht, sondern auch um andere Dimensionen wie etwa das Alter.

Auch die Swisscom ist in der bundesrätlichen Pflicht

Die Post habe sich daher neue Ziele gesetzt und legt dabei den Fokus zuerst auf Gender und Sprachen. Denn in diesen beiden Dimensionen habe man einen starken Hebel für Veränderungen – etwa bezüglich Zusammenarbeit. So will die Post bis 2024 den Frauenanteil im Kader auf 30 Prozent anheben. Aktuell liegt dieser bei 23 Prozent. Zudem soll jede fünfte Kaderperson eine andere Landessprache als Deutsch sprechen. Momentan sind es 18 Prozent.

Zwei Handlungsfelder, um mehr Frauen zu gewinnen, sieht die Post in der Personalrekrutierung und bei den Anstellungsbedingungen. Gleichzeitig betonte Schelker, dass sämtliche Bewerbenden die gleichen Prozesse durchlaufen müssen, damit es fair bleibe. Durch die neuen Ziele könne es jedoch passieren, dass der Stellenbesetzungsprozess länger dauert.

Erst Anfang Jahr hatte der Bundesrat die Swisscom verpflichtet, bei der Frauenquote nachzubessern. Die Regierung erwartet, dass das Telekom-Unternehmen die neuen Ziele für Gleichberechtigung im Management übertrifft. (abi)